

Organization:



Zusammenarbeit:



Seminar 'Partizipation von Frauen in der Politik'

**ORT: PSDB – Av. Indianópolis, 1.123
Bairro Moema
São Paulo / SP**

DATUM: 18. und 19. Februar 2014

BERICHT

Ein halbes Jahr vor den nächsten Präsidentschaftswahlen organisierte die KAS mit der Frauenorganisation der sozialdemokratischen Partei PSDB Mulheres des Staates São Paulo ein zweitägiges Seminar zum Thema Frauen und öffentliche Politik. 80 Teilnehmerinnen, darunter auch einige Kandidatinnen für die kommunalen Wahlen, kamen am 18. und 19. Februar 2014 zusammen, um Wissenschaftlern in fünf separaten Diskussionen über das brasilianische politische Parteiensystem zuzuhören. Im Gegensatz zu früheren Veranstaltungen wurden dieses Mal auch weitere Themen wie z.B. Nachhaltigkeit und Umweltpolitik, oder auch Frauen in der Sicherheitspolitik angesprochen. Diese Themen spielen eine wachsende Rolle in der Politik Brasiliens. Jede der fünf Debatten hat großes Interesse bei den Teilnehmerinnen geweckt. Die Beteiligung der Frauen war deutlich dynamischer als in den vorherigen Jahren.



Zu Beginn wurde festgestellt, dass das Land sich in jeder Hinsicht in den vergangenen Jahren positiv entwickelt hat. Dies sei erkennbar auf Grund einer größeren Kenntnis der Gesellschaft in Fragen von Umwelt und Nachhaltigkeit, aber auch auf Grund einer wachsenden Aufklärung der Frauen im Rahmen der Politik. Almira Ribas Garms, derzeit Präsidentin des PSDB Frauen des Staates São Paulo, erklärte, dass Brasilien auf dem Weg der sozialen Entfaltung sei. Das Parlament suche ständig neue Lösungen für die noch anhaltenden Probleme,

insbesondere im Bezug auf die soziale Ungerechtigkeit. Frauen hätten immer noch einen weiten Weg zu gehen. Felix Dane, Büroleiter der KAS Brasilien mahnte die Kandidatinnen das Land mit kritischen Fragen zu konfrontieren, um zu weitere Debatten anzuregen.

Das brasilianische politische System und die Parteien

Die ersten zwei Podiumsdiskussionen führten in das brasilianische politische System und deren politischen Parteien ein. Die heutige fehlende Präsenz und der schwache Einfluss der Frauen in der brasilianischen Politik liegt, einerseits, an einer mangelnden Kenntnis des Funktionierens von Exekutive, Legislative und Justiz und dessen Zusammenhanges mit der politischen Führung des Landes, andererseits an einer fehlenden Identifikation der Frauen mit den vorhandenen Parteien und das Systems an sich liege. Dies würde von einer mangelnden Führungskraft der Parteien und der Schwäche ihrer Legitimation zeugen.



Im Laufe der Ausführungen wurde kontrovers darüber diskutiert, ob eine integrative Demokratie für Brasilien sinnvoll wäre. Hierbei wurden zahlreiche Hindernisse aufgezeigt. Rodrigo Estramano de Almeida, Professor bei der *Fundação Escola Sociologia e Política de São Paulo*, unterstrich den Mangel an Repräsentativität der Demokratie aufgrund historischer Gründe. Da das Land lange Zeit unter einer Militärdiktatur gelitten habe, sei die Idee einer partizipativen und repräsentativen Demokratie noch neu – die brasilianische

Konstitution gebe es erst seit 20 Jahren. Anspielend auf die konstanten Dynamik und den häufigen Diskussionen in einer gesunden Demokratie fehlten, laut de Almeida in Brasilien Regimekritiker und eine echte Opposition, die Debatten um Entscheidungen stimulieren könnten. Außerdem müsse die Zivilgesellschaft sich stärker mobilisieren, und vor allem organisieren um einen echten Einfluss ausüben zu können. Die Bevölkerung müsse mehr über ihre Verantwortungen lernen, nicht nur im Rahmen der „*formal education*“, doch auch durch „*informal education*“, wie z.B. durch soziale Netzwerke und Medien. Es sei nicht das mangelnde Interesse, das das demokratische System erdrückt, sondern die Bereitschaft und Fähigkeit der Gesellschaft sich in die politische Debatte zu integrieren. Die Protestwelle, die im Juni letzten Jahres entfacht wurde, zeige einen Willen und eine Bereitschaft innerhalb der Bevölkerung, vor allem bei den Jugendlichen, in der Politik mitzuwirken. Problematisch sei hierbei allerdings, dass diese Meinungen nicht in einen klaren Diskurs umgewandelt oder, weniger noch, auf politischer Ebene vertreten werden.

Eine fehlende Repräsentation der Meinung der Zivilgesellschaft und deren mangelnde Implikation in der Politik könnte eine Konsequenz des Parteiensystems sein. Lucia Avelar, derzeit Forscherin des Zentrums der Studien der öffentlichen Meinung und Professorin in Brasilia, und Humberto Dantas, Koordinator und Professor politischer Bildungsmaßnahmen in mehreren Institutionen, erklärten, dass trotz eines wachsenden Interesses in der Bevölkerung keine wahre Identifikation mit den heutigen Parteien in Brasilien sichtbar sei.

Dantas erfasste einige Gründe weshalb das brasilianische Parteiensystem für die Bevölkerung schwer erreichbar sei. Zum Einen schafften es die Parteien nicht den Diskurs der Gesellschaft zu verkörpern. Auch hier können die jüngsten Proteste als frappantes Beispiel dienen: die wenigen politischen Parteien die die Forderungen der Protestanten zu verkörpern versuchten, scheiterten kläglich. Keine Verbindung oder gar Beziehung wurde zwischen Protestierenden und politischen Parteien aufgebaut. Eine Studie zeigt, dass die Parteien kaum Legitimation und noch weniger Vertrauen der Bevölkerung genießen – ein Missvertrauen, das auf zahlreichen Fällen von Korruption und Amtsmissbrauch zurückzuführen seien. Zweitens scheint die Unzulänglichkeit und Unrechtmäßigkeit der starken Position der Parteien in der Politik weiterhin Grund zur Distanzierung der Staatsbürger zu sein. Mangelnde Reformen in den letzten Jahren scheint Skepsis bei den Bürgern in Bezug auf die Besetzung der Führungspositionen der Parteien entfacht zu haben.



Letztendlich ist der institutionelle Aufbau des Parteiensystems eine weitere wahre Herausforderung. Seit der Einführung der neuen Konstitution im Jahre 1988 gibt es durchgängig über 30 Parteien, die meistens mit stark einander ähnelnden Programmen kandidieren. Demzufolge gibt es entweder keine klaren Unterschiede zwischen den jeweiligen Ideologien oder eine zu nahe Bindung an Kirchen oder andere lobbyierende Gruppierungen. Folglich ist es schwierig für die Wähler eine klare Zugehörigkeit zu finden. Die Summierung dieser Faktoren führt zu einem fragilen Bildnis des Einflusses der Parteien.



Als weiteren großen Kritikpunkt des politischen Systems nannte Herr Estramano de Almeida die Fehlen der Erlassung neuer Gesetze zur Beaufsichtigung der Politiker auf. Da das Parlament zu 80% aus Führungspersonen der Exekutiven Branche bestehe fehle eine entgegengewirkende Kraft,



beispielsweise Rechtswissenschaftler oder Repräsentanten einer Jüngerer Generation. Der Fall der Korruptionsaffäre „Mensaleiro José Dirceu“ war bei den Teilnehmerinnen noch sehr präsent, so dass sie sehr kritisch reagierten.

Einstiegsmöglichkeiten in die politischen Parteien minimal. Obwohl Frauen im Durchschnitt heutzutage 7 Jahre länger studieren als Männer, steht ein langer Weg bevor. Laut einer Umfrage sind Frauen jedoch in Parteien trotzdem noch häufig Opfer von Stereotypisierung; oft werden sie für Aktivitäten eingesetzt, die keine Profession erfordern, wie z.B. Kaffee kochen oder weitere haushaltsähnliche Arbeiten. Um eine bessere Stelle innerhalb der Partei zu bekommen, empfiehlt Avelar ein internes Netzwerk aufzubauen. Außerdem empfiehlt sie, dass Frauen ihr Kandidaturprogramm für alle anpassen und nicht nur eine Kampagne „Frauen für Frauen“ verfolgen sollten.

Angesichts der gesellschaftlichen Stellung der Frauen, sei deren Integration und

Nachhaltigkeit und Umweltpolitik

Die dritte Podiumsdiskussion befasste sich mit einem relativ jungen Thema in der brasilianischen Kultur: Nachhaltigkeit und Umweltpolitik. Seit dem letzten Jahrzehnt spürt man eine wachsende und sich verbessernde Wirkung der föderativen Umweltpolitik, vor allem seit der Rio +20 Konferenz, die Rio de Janeiro in den Mittelpunkt der internationalen Aufmerksamkeit gerückt hat. Eine der wichtigsten Reformen ist die Optimierung von Sammlung und Analyse von Daten. Zudem regelt der Staat nun die Müllentsorgung und Nutzung öffentlicher Güter und setzt sich für die Gesundheit der Zivilgesellschaft ein. Noch werde der direkte Zusammenhang zwischen nachhaltiger Umweltpolitik und wirtschaftlichem Wachstum nicht ausreichend unterstrichen und auf entsprechenden Kenntnissen aufgebaut. Nichtsdestotrotz betonten alle drei Diskussionsteilnehmer die Notwendigkeit ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu fördern. Josilene Ferrer, Leiterin der CETESB und Professorin der FAAP in São Paulo, kritisierte die reaktionären Aktivitäten großer Firmen und drängte zu einer aktiven umweltfreundlichen Verbraucherpolitik. Brasilien könne ihrer Meinung nach mehr Nutzen aus regenerativen Energieerzeugungstechnologien ziehen. Auch sozialpolitisch gesehen könne der Staat, laut Ferrer, viel verbessern; der Kampf gegen Wassermangel und eine rationalere Verwendung der natürlichen Ressourcen des Landes seien nur zwei Beispiele von Aufgaben mit welchen Brasilien sich unzureichend auseinandersetzte.

Zu den großen Herausforderungen zähle die Sensibilisierung der Bevölkerung, eine Verbesserung der Abwasserkanäle und anderer umweltfreundlichen Infrastrukturen sowie einer Koordination der nationalen, föderalen und kommunalen - Politik. Die diversen politischen Akteure müssen in eine organisatorisch breit angelegte Strategie integriert werden.

Die brasilianische Wirtschaftskonjunktur

Die darauf folgende Podiumsdiskussion über die Wirtschaftskonjunktur und den Arbeitsmarkt in Brasilien, verglich deutsche und brasilianische Arbeitsmärkte und setzte sich dann mit der Position der Frau in der Wirtschaft auseinander.

Ein großer Unterschied zur brasilianischen Wirtschaftspolitik ist, dass in Deutschland schon immer langfristig geplant wird; Veränderungen in der deutschen Gesetzgebung können nicht kurzfristig erteilt werden. Außerdem sind große deutsche Unternehmen international vernetzt und haben langjährige strategische Pläne, die auf Nachhaltigkeit beruhen. Brasilien hingegen fokussiert noch zu sehr auf das "Hier und Jetzt". Vor allem um sich im fluktuierenden internationalen Arbeitsmarkt zu positionieren und um daraus Profit ziehen zu können, müsse ein Land wie Brasilien ein größeres Weltbild adoptieren. Dass das Land nur national produziert, sich zu sehr auf Rohstoffe konzentriert,



und zu wenig in den internationalen Produktions- und Wertschöpfungsketten integriert ist, scheint die Entwicklung eines stärkeren Wirtschaftswachstums zu hindern. Dies hat zur Konsequenz, dass Deutschland zum Beispiel denselben Gewinn aus der Kaffeeproduktion zieht wie Brasilien, eins der größten Kaffeeproduzenten der Welt. Aufgrund der Spezialisierung bei der Verarbeitung der Kaffeebohnen, kann Deutschland eine bessere Qualität liefern. Der brasilianische Staat würde

daher größeren Profit ziehen können, wenn er seine Wirtschaft öffnen würde.

Ein zweiter wichtiger Unterschied ist die Ausbildung und Stellenwert der Arbeitskraft in der Innenpolitik. In Deutschland gibt es ständigen Dialog zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Vorgesehen durch das Mitbestimmungsgesetz, finden ständige Verhandlungen zwischen Firmen und Arbeiter statt.

Letztendlich wurde über die Ausbildung junger Fachkräften diskutiert – ein Bereich in dem Deutschland genügend Expertise zeigen kann. Auszubildende spielen eine zentrale Rolle in der Förderung deutscher Fachkräfte und werden vom Staat und Firmen sehr gefördert. Die Spezialisierung in einem Fachgebiet erlaubt ihnen eine spezifischere Perfektion. Die Qualifikation der Arbeitskraft wird weiterhin verbessert, indem regelmäßige internationale Bildungsaustausche stattfinden.

Fatima Jordão, gelehrte Soziologin, präsentierte eine Studie der Patricia Galvão Stiftung, zur Stellung der Frau auf dem Arbeitsmarkt. Auch hier konnte man erkennen, dass es in der Tat gewisse Fortschritte gegeben hat: Es ist vor allem die Bildung der Frauen, die sozialen Aufstieg ermöglichte. Die Präsenz der Frauen auf dem Arbeitsmarkt sei von 34% in 2001 auf 43% in 2012 gestiegen. Eine weitere Ursache soll eine Veränderung der Innen- und Familienpolitik in Brasilien sein.

Jedoch arbeiten mehr als die Hälfte der berufstätigen Frauen in Dienstleistungsstellen, und obwohl es einen schnellen Anstieg der Anzahl von Arbeitsplätzen gab, sei der Unterschied der Gehälter nach Geschlechtern noch groß. Interessanterweise hat die Studie bestätigt, dass die Hauptschwierigkeit für Frauen mangelnde Kindergartenplätze sind. Zusätzlich berichten 23 % der Frauen, dass der öffentliche Verkehr ein großes Hindernis ist. Frauen erhoffen sich hauptsächlich

Veränderung dieser zwei Aspekte von Seiten der öffentlichen Politik. Weitere große Hilfen im alltäglichen Leben wären den Aussagen zufolge, ein effizienteres Gesundheitssystem (97%), effizientere öffentliche Verkehrsmittel (88%), Ganztagschulen für die Kinder (83%) und kostenlose Parkplätze (76%).

Frauen und Sicherheit

Das Thema „Frauen in der Sicherheitspolitik“ wurde zum ersten Mal auf einer Podiumsdiskussion debattiert. Während des Vortrages haben die Teilnehmerinnen Tania Pinc gebannt zugehört, als sie die brasilianische Sicherheitspolitik und die Sicherheit der Frauen erläuterte.

Laut Pinc scheint die Sicherheitspolitik in Brasilien zwischen dem Staat und den Kommunen noch schlecht koordiniert zu sein. Die Stadtverwaltung setzte keine Priorität in sicherheitspolitische Frage oder verfügbare Politik auf lokaler Ebene durchzusetzen. Demzufolge sei die Polizei oft unzureichend ausgebildet und finde nicht einen hohen Stellenwert innerhalb der Bevölkerung. Dem Land fehle es an präventiven Maßnahmen. Die Implementierung der Gesetze werde nicht verfolgt.

Die Statistiken zu Morden an Frauen sind beängstigend. Allein in São Paulo wurden 623 Frauenmorde verübt, 90 % davon von Männern (2010). Selbst nach in Kraft treten des Gesetzes „Maria da Penha“ in 2006 gingen die Rate nur zeitweise runter. Auch hier fehlt die Bereitschaft der Gesellschaft die Theorie in Praxis umzusetzen. Brasiliens große Herausforderungen sind der Mangel an Koordination auf verschiedenen politischen Ebenen, sowie das Monitoring und Evaluierung der Gesetzgebungen und deren Implementierung. Pinc kritisierte zudem die Rolle der Medien im Kampf gegen die Gewalt der Frauen. Wenn überhaupt thematisiert werde der Bericht medial überzogen, sodass es keine öffentliche rationale sicherpolitische Diskussion innerhalb der Gesellschaft gebe.

Abschließend fassten die Teilnehmerinnen einige Punkte die sie besonders interessant fanden zusammen. In Zukunft werden sie versuchen nicht nur eine definierte Geschäftspolitik aufzubauen, sondern auch die Implementierung der Gesetze in allen Sektoren verfolgen. Sie wollen sich mehr für die Integration der Jugendlichen einsetzen und das Thema der Sicherheit der Frauen und der nachhaltigen Umweltpolitik stärker in der Politik verbreiten. Als Partei wollen sie sich zusammensetzen, und ein klares Motiv ihrer Partei in jedes dieser Themen auszubauen.

Eleonore Heimsoeth (Bachelor Absolventin der Universität Maastricht in Europäischen Wissenschaften und Praktikantin bei der KAS) und
Aline Soares (Politologin und Projekt Koordinatorin bei der KAS)